



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

BERICHTE AUS DEM LANDTAG STEIERMARK



Hoch bezahlte Jasager: Das erhoffen sich SPÖ und ÖVP von ihrer Verwaltungsreform. Die Opposition soll künftig draußen bleiben, dafür soll noch mehr Geld in die politischen Apparate fließen.

Raus aus Euratom

Die KPÖ fordert den Austritt Österreichs aus der EURATOM-Agentur. Daseinszweck dieser Organisation ist einzig und allein die Sicherstellung der technischen Voraussetzungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Kernenergie. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Österreich zahlt jährlich 40 Millionen Euro an Euratom. Das ist mit unserer Anti-Atompolitik unvereinbar.“ Der Antrag wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

ZITATE

„Vorteile hat der Luftkrieg gegen Libyen auch gebracht: Die Kampfflugzeuge Dassault Rafale sowie Eurofighter konnten die Kriegstauglichkeit unter Beweis stellen.“

Kurt Gärtner (Wels) in der Kronenzeitung.

„Wir steuern auf eine Revolution zu – und zwar nicht nur in den USA, sondern weltweit“

Schlagerstar Paul Anka. (Diana) laut profil 44/2011

EU-Jubelbroschüre

Die EU wird mit der nächsten Finanzperiode ihre Politik auf die Strategie „Europa 2020“ ausrichten. Diese Strategie will die Landesregierung mittels einer eigenen Broschüre der steirischen Bevölkerung näherbringen. Einzig die KPÖ stimmte gegen dieses Projekt. Werner Murgg (KPÖ): „Das ist eine reine Jubelbroschüre, die nur dazu dient, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Die Landesregierung merkt, dass die

Österreicher zu Recht immer weniger von der EU wissen wollen.“ Murgg zählte akribisch auf, mit welchen Verschlechterungen die Masse der Österreicher seit dem EU-Beitritt konfrontiert ist:

So seien die Nettoalleinkommen – die Löhne und Gehälter abzüglich der Inflation – seit 1995 um fast 3 Prozent gesunken, während Gewinne und Vermögen um 32 Prozent gestiegen seien.

Die Arbeitslosigkeit habe sich

im Schnitt um 100.000 Personen erhöht, die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten sei von zehn auf 25 Prozent angewachsen.

Durch die Bahn- und Postliberalisierung wurden Regionalbahnen stillgelegt, Postämter geschlossen und zehntausende Eisenbahner und Postler abgebaut.

Anton Lang (SPÖ) lobte die Broschüre und kritisierte die KPÖ für ihre Anti-EU-Haltung. Stattdessen sollte man versuchen, das Beste aus der EU herauszuholen.

Abschaffung der Anwaltschaften heißt Einschränkung der Bürgerrechte

Unter dem Vorwand einer „effizienteren Verwaltung“ sollen die Bürgerrechte in der Steiermark eingeschränkt werden.

Die Anwaltschaften zu bestimmten Themenbereich sollen abgeschafft werden: Darunter fallen die Umwelthanwaltschaft, die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung, Patienten- und Pflegeanwaltschaft sowie die

Kinder- und Jugendanwaltschaft. Landesrat Seitinger spricht davon, dass diese „entmachtet“ werden müssten.

Die KPÖ setzt sich für den Fortbestand der Anwaltschaften ein: „Eine Abschaffung der Anwaltschaften würde der Bevölkerung die Möglichkeit nehmen, sich gegen Willkür und Fehlentscheidungen zur Wehr zu setzen. Die Hürden, die eingezogen werden, sich gegen Unrecht zu wehren,

sollen weiter erhöht werden. Die Landesregierung macht sich zum Instrument von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Die Interessen von erwerbstätigen Menschen, von Menschen mit Behinderung oder in Pflege, von Kindern und Jugendlichen spielen keine Rolle mehr. Das zeigt nicht nur der Vorstoß gegen die Anwaltschaften, sondern auch das gesamte Kürzungspaket“, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg

INHALT

Aus dem Landtag	4/5
Ausverkauf im Gesundheitswesen	6/7
STREIK wirkt!	
Lohnverhandlungen 2011	8/9
„Mindest“sicherung?	10
Aus dem Land	11 - 14
Teuerung: Pensionen reichen nicht mehr aus	15
Jugend	16
Glücksspiel in Steiermark	17
Das Gfrett mit dem Geld	18-20
Impressum	22